

Dresdner Nachrichten

41. Jahrgang.

JUMPELT'S TOILETTE-SEIFE

(Neu!) in dreieckiger Form (Neu!)
in Flieder, Veilchen, Heckenrose, Roschus, Ylang, Eau de Cologne.
Käuflich in allen feinen Parfümerie-Handlungen.

Dresden, 1896.

Praktische Reise- Anzugs- Stoffe.

Einzel-Verkauf:
Schreibergasse 2
J. Unbescheid & Söhne

1 Pfund
Condensirte Milch
Beste Kindermahrung.
Breslauer Molkefabrik
Gebr. Pfand.

Größtes Lager!
Garten-Schläuche
Vorzügliche Qualitäten zu Fabrikpreisen
in schwarz oder roth Gummi,
auch in Haarf und Haarf gummit.
Wiedererkäufer und Gärtner Rabatt.
Reinhardt Leupolt, Dresden-A., Wettinstraße 26
Telephon 189.

Tuchwaren.
Deutsche und englische Tuche, Burckskins, Kammgarne
und Chevots in nur soliden und farbechten Qualitäten zu
billigen Preisen empfohlen.
Pörschel & Schneider, Scheffelstr. 19.
Muster sendungen franco.

Dresden, Seestr. 5, Berlin, Breslau, Köln, Hamburg, Leipzig, Stuttgart,
Billig, reell, sorgfältig, schnell. Anlauf von Erkantungen.
Dr. J. Schanz & Co.
Patente

Sommerlodenjoppen, Schillfleinenjoppen, Drell- und Listerjackets
empfiehlt in grösster Auswahl **Jos. Fiechtl** aus Tirol, Schloss-Strasse 23, neben dem Königl. Schloss.

Nr. 165. Spiegel: Führung in der Reichsregierung, Hofmochrichten, Nationalit. Parteitag, Wüthchadenrecht, Jäger Arbeiterverein, Chemnitz' Kennen, Gerichtsverhandlungen, Rhythmisches Bitterung; Weiter, warm. **Dienstag, 16. Juni.**

Politisches.

Herr Hofenlohe hat im preussischen Abgeordnetenhause das Wort ergriffen, um mit einer bei seinem milden, jedem Konflikt abgeneigten Naturell immerhin bemerkenswerthen Entschiedenheit die kritischen Bemerkungen zurückzuweisen, die der konservative Führer Graf zu Limburg-Sturion über die Nichtbetheiligung des preussischen Ministerpräsidenten an der Beratung des sogenannten Resolutionsparagrafen geäußert hatte. Es kommt so außerordentlich selten vor, daß der Reichskanzler an den parlamentarischen Debatten in kurzen Erklärungen Antheil nimmt, daß, wenn solche wirklich einmal erfolgen, sie von vornherein Anspruch auf Beachtung haben. Der Reichskanzler verhielt sich in dieser Hinsicht, daß er dem Entwurf über die Anstellung von Gerichtsschiffen nicht eine so allgemeine politische Tragweite zuschreibt, als daß das persönliche Eintreten des preussischen Ministerpräsidenten notwendig gewesen wäre. Sollte in der That die allgemeine politische Bedeutung einer Vorlage und einer sich an diese anschließenden parlamentarischen Verhandlung der Maßstab dafür sein, ob und inwieweit der Reichskanzler und gleichzeitige preussische Ministerpräsident persönlich die Vertretung des Regierungspunktes zu übernehmen hat, so hätte es, seit Herr Hofenlohe die Reichspolitik und die preussischen Angelegenheiten leitet, nur bezüglich wenig Fragen und Gegenstände von hervorragender politischer Tragweite gegeben. Graf Caprivi hatte in dieser Beziehung eine wesentlich andere Ansicht als sein Nachfolger, nach dessen Auffassung sich der höchste Beamte im Reiche und in Preußen in den meisten Fällen mit der bescheidenen Rolle eines passiven Zuschauers zu begnügen hat. In der Reichstagsführung vom 26. März 1892 betonte Caprivi die Frage, ob er sich als preussischer Ministerpräsident so abseits stellen solle, daß, wenn einer seiner Kollegen falle, er nicht mit zu fallen brauche. „Das wäre“, sagte der vorige Reichskanzler — und man wird ihm hierin unbedingt zustimmen müssen — „nach meiner Auffassung von den Pflichten des Ministerpräsidenten doch nicht immer angängig. Ich will von vornweg sagen: diese Pflichten und Stellenungen lassen sich reglementarisch und allgemein gar nicht begrenzen; in so hohen Stellenungen muß sich Alles auf die Veron zurückwenden. Ich aber habe einmal die Auffassung von meinen Pflichten als Ministerpräsident dahin gehabt, daß ich, wenn ein Minister eine Vorlage einbrachte, und das Staatsministerium sich mit ihm einverstanden erklärt hatte, der nächste dazu vor, um hinter dem Ressortminister zu stehen. Ich habe die Ansicht gehabt, daß wenn der Ministerpräsident in einer solchen Lage den Ressortminister fallen läßt, er dann im Staatsministerium überhaupt nicht mehr; wenigstens mein an sich nicht großer Einfluß wäre null geworden, wenn meine Kollegen nicht die Ueberzeugung haben konnten: der Ministerpräsident wird, soweit es in seinen schwachen Kräften steht, hinter uns stehen. Ich bin von der Ansicht ausgegangen, daß die erste Pflicht des preussischen Ministerpräsidenten die ist, auch mit seiner Veron zu bezahlen.“

Die Worte Caprivi's passen durchaus auf den gegenwärtigen Fall; sie enthalten die beste Kritik für die reservierte, wenn nicht gänzlich passive Haltung, die der jetzige Reichskanzler seit Jahr und Tag zu den wichtigsten schwebenden Tagesfragen einnimmt. Man hat sich in letzter Zeit vielfach des Eindruckes nicht erwehren können, daß seine eigenen Ueberzeugungen sich nicht mit den Regierungsvorlagen vollständig decken, daß er es entweder nicht für seine Aufgabe hält, „mit seiner Veron zu bezahlen“, oder daß sein Einfluß null geworden ist. Graf Limburg hat erklärt, daß er in seinen Bemerkungen dem Reichskanzler persönlich nichts Verlebens habe sagen wollen; denn an den Zuständen, die er beklagt habe, möge der Herr Ministerpräsident wohl nicht schuld sein, sie lägen wohl etwas tiefer. Das mag bis zu einem gewissen Grade zutreffen; aber andererseits kann man sich doch nicht länger verhehlen, daß die schwächliche Art, wie die Politik im Reiche und in Preußen weitergeführt wird, immer mehr eine unzulängliche wird und vor Allem eine starke Hand, in der die Zügel fest und sicher ruhen, vermissen läßt. Unser jetziger Reichskanzler scheint nicht mehr das volle Maß geistiger wie körperlicher Frische und Mäßigkeit zu besitzen, das erforderlich ist, um den großen Aufgaben gerecht zu werden, die derjenige zu erfüllen hat, welcher in seiner Veron die höchsten politischen Aemter des Reiches und Preußens vereinigt. Gewiß wird man auch heute noch die seltene Pflichttreue und Opferfreudigkeit anerkennen müssen, die ihn bezogen hat, dem kaiserlichen Rufe zu folgen und eine schwierige aufreibende Stellung zu übernehmen, von der er im Voraus wußte, daß sie ihm Dornen in reichem Maße einbringen würde, zu einer Zeit, wo viele Andere vorgezogen hätten, einen ruhigen Lebensabend in heiterer Sorglosigkeit zu genießen. Aber trotz der uneingeschränkten Ehrfurcht, die seiner vornehmen und edlen Persönlichkeit gezollt werden muß, darf doch nicht die allgemeine Ueberzeugung unberücksichtigt werden, daß seine verantwortungsschweren Aemter für den künftigen Hofenlohe eine Bürde sind, der er bei dem besten Willen die Zuversicht erweckt, daß das Staatsgeschick ohne Gefahr durch die Wogen geleitet wird. Wenn der Regierung Mangel an kräftiger Initiative vorgeworfen werde, meinte er doch bemerken, daß eine kräftige Initiative nur mit einem Reichstage zu machen ist, der eine geschlossene Majorität aufweist. Vermöge dieses schwachen Standpunktes, vermöge des vollständigen Verzichts auf eine

kräftige Initiative ist es jetzt dahin gekommen, daß die Reichspolitik nicht mehr vom Reichstanzlerpalais aus, sondern vom Centrum, von den Epigonen Windthorst's geführt wird. Mehr noch als während der Caprivi'schen Ära beherrscht die ultramontane Partei die politische Situation, und es ist bezeichnend für ihr Machtbewußtsein, daß sie sich in dem gegenwärtigen Augenblick, wo die Entscheidung über das Schicksal des Bürgerlichen Gesetzbuches ausschließlich in ihren Händen ruht, dazu entschlossen hat, die Aufhebung des Jesuitengebietes von Neuem zu beantragen. Man wird es seinem Staatsmännereverdenken können, wenn er es sich angeeignet der ausschlaggebenden parlamentarischen Stellung, die das Centrum leider infolge der Zerfahrenheit der nationalen Parteien bezieht, anzuwenden sein läßt, die die Partei zur Mitarbeit heranzuziehen; aber das Entgegenkommen gegen das Centrum darf nicht so weit gehen, daß man es jetzt nicht mehr wagt, dem neuesten ultramontanen Vorstoß mit derjenigen Kraft und Entschiedenheit entgegenzutreten, welche die Ehre und die Würde des Reiches erheischen. Die gegenwärtige Situation, die der Mangel eines starken einheitlichen Regierungswillens geschaffen hat, läßt nicht darauf schließen, daß das Bestreben des Centrums, die Geschäfte des Reiches im ultramontanen Interesse zu leiten, bereitet wird.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 15. Juni.

Berlin, Reichstag, 15. Juni. Die Rechnungs-Kommission hat den Antrag der Decharge für sämtliche Staatsverrechnungen mit Ausnahme eines solchen von 233,000 Mk. zu Berlin im Bereiche des Reichsministeriums. — Abg. Richter (freil. Ver.) bittet, mit Rücksicht auf die dem Reichstage erteilten Zusagen und um Weiterungen zu vermeiden, die vorläufige Genehmigung einzuwickeln jener 233,000 Mk. auszusprechen. — Staatssekretär Graf v. Posadowski versichert, daß künftig solche große Staatsverrechnungen möglichst vermeiden werden würden. — Abg. v. Maxand (n. l.) Lieber (Cent.) und v. Veitow (son.) erklären sich mit dem Vorbehalt Richter's einverstanden. — Abg. Richter (freil. Ver.): Es enthebe trotzdem das Bedenken, daß ein solcher Beschluß wieder einmal als eine Desavouierung der Kommission aufgefaßt werden könnte. — Die Entlastung wird einstimmig beschlossen jener 233,000 Mk. und zwar gegen die Stimmen der rechtsradikalen Volkspartei und der Sozialdemokraten. Es folgt die Beratung der Vorlage für 1894/95. Dem Kommissionsantrag zufolge wird Decharge erteilt. Dagegen stimmen ebenfalls Sozialdemokraten und freisinnige Volkspartei. Es folgt die 1. Beratung, betreffend Abänderung der Subventionen für die Eisenbahn- und Südwahlkreis, sowie Kamerun. — Abg. v. Arnim (n. l.) beantragt Namens des Centrums Verweisung an die Budget-Kommission bezugs genauer Prüfung namentlich in Bezug auf die Missionare. — Abg. v. Bennigsen (n. l.) erinnert an die Bedingungen, welche Bebel im Februar gegen Peters gerichtet habe, namentlich an den Brief des Peters geschrieben haben soll, und fragt den Abg. Bebel, ob er jetzt bestimmte Aussagen darüber geben könne. — Abg. Dr. Dasse (n. l.) erklärt die Zustimmung der Nationalliberalen zu der Vorlage. — Abg. Bebel: Herr v. Bennigsen richtet seine Ansprüche an eine falsche Adresse, er sollte sie an den Reichskanzler richten, der ja eine neue Untersuchung eingeleitet hat. Für mich handelte es sich auch nicht um den Brief an Bischof Duder allein bezug auf den Bischof Simon. Auf meine Erundung hin habe ich erfahren, daß Simon tot ist. Ein Schreiben an den Nachfolger betriebe ich aber nicht. Ich wechle zwischen ihm und Peters ist aber runderweg abgelehnt worden. Wo sich Duder befindet, weiß ich nicht, ich habe aber das Auswärtige Amt erucht, seinen Einfluß auszuüben, um ihn ausfindig zu machen. — Abg. Graf Arnim (n. l.) ist überzeugt, daß der bewusste Brief überhaupt nicht existire, wäre er vorhanden, so hätten ihn englische Missionare bestimmt schon längst vorliegen an Herrn Bebel geschickt. Auch die Eberbach-Vereinigung habe Peters sofort ausdrücklich bestritten und zwar in einem inhaltlich vorhandenen Brief an englische Missionare, welche deswegen bei ihm angetroffen hätten. Dieser Brief enthalte also gerade das Gegenbeispiel von dem, was in dem von Bebel behaupteten Briefe stehen soll. Der Reichstag nehme darauf die Lehre, solchen Anforderungen politischer Persönlichkeiten künftig keine Beachtung zu schenken. — Abg. Bebel: Der Fall mit dem Brief ist nur ein einziger unter den von mir angeführten; was Peters sonst noch auf dem Reichstag hat, genügt allein schon, um ihn künftig für unsere Kolonialpolitik zu machen. Schon das genügt, was damals Kolonialdirektor Rauter genügt hat, was aus den Akten vorkommt. — Abg. Richter (freil. Ver.): Die ganze Verhandlung im Februar war gar nicht durch jenen Brief veranlaßt, sondern durch die ganze Kolonialpolitik von Peters und wie viele vor, theilte Peters selbst in seinem Buche mit. Redner tritt dann im Hinblick auf die Vorlage der Meinung entgegen, daß man in Südwestafrika Eisenbahnen anlegen könne. Nächstens: Eisenbahnen! Woju noch eine Kommission für die Vorlage, wir sitzen hier so gemächlich zusammen in einer so geringen Zahl, die gar nicht störend wirkt. (Große Heiterkeit.) Die Kommission hat bereits so viel in dieser Session getan, daß wir ihr nicht noch mehr aufzugeben brauchen, wir können das hier ganz gut im Plenum durchmachen. — Abg. Graf Arnim hält nochmals Bebel vor, es wäre dessen Pflicht gewesen, nach dem Briefe zu recherchiren. Wie dürften Leute, welche die freie Liebe predigen, so ihr Gesicht verhalten, wenn Bebel einmal in Afrika Ausdehnungen begangen. Inwieweit teilt Redner noch Richter's Anschuldigungen über Südwestafrika entgegen. — Abg. Bebel (Soz.): Wenn nach Abschluß der Untersuchung die Regierung alle Akten veröffentlichte, würde, würden wohl noch ganz andere Dinge über Peters zu Tage kommen. Er halte den Duden einen Spiegel vor, damit sie sehen, wie es in ihrer Gesellschaftsklasse aussähe und erinnere dabei auch an Hammerstein. — Abg. Graf Arnim: Mit dem Briefe an Bischof Duder habe Bebel sich und den Reichstag gründlich hineingelassen. In Afrika könne man übrigens nicht den Maßstab hineingelassen. In Afrika könne man übrigens nicht den Maßstab hineingelassen. In Afrika könne man übrigens nicht den Maßstab hineingelassen. — Abg. Bebel: Scharfer Moral anlegen wie in einer Wädhenschule. — Abg. Bebel: Schon die eine von Peters eingestandene Thatfache, daß er ein Mädchen, welches er gemißbraucht hatte, hinterher wegen geringfügigen Anlasses habe hängen lassen, ist ein Beweis schwerer moralischer Verworfenheit. Sie beleidigen uns fortwährend, während Sie eine Gesellschaft repräsentiren, die voller Freude ist. Die Vorlage geht an die Budgetkommission. — Es folgt die

2. Beratung der Militärvorlage (Umgestaltung der vierten Bataillone. Die Kommission beantragt, die Vorlage unverändert zu genehmigen. — Abg. Richter beantragt geistliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit durch Aufnahme einer bezüglichen Bestimmung in die Vorlage. Wir haben uns so sehr verhalten, auf dieser Vorlage zu bestehen, als wenn wir die zweijährige Dienstzeit ausdrücklich und nur benützlich werden ist als Konnotation für die vierten Bataillone, die nun jetzt wieder in ihrer Besonderheit aufhören sollen. Wenn nun in militärischen Kreisen die Auffassung besteht, daß es für die zweijährige Dienstzeit einer solchen Einrichtung bedarf, da keine wir Gefahr, daß uns nach Ablauf des Versuchs die zweijährige Dienstzeit wieder genommen wird. Der Reichskanzler hat für den Herbst eine Reformvorlage über den Militärdienst angelegt, aber er ist neuerdings wieder von den Konservativen lebhaft angegriffen worden, es ist ihm vom Grafen Limburg nachgefragt worden, daß er die preussischen Interessen im Reiche nicht genügend wahre. Solche Angriffe hat man seitens der Konservativen sich immer nur dann erlaubt, wenn man die Stellung des Reichskanzlers nicht erschüttert hielt. In der „Centrums-Korrespondenz“ las man auch heute früh, daß man im benachbarten Herbst anderen Männern in der Regierung gegenüberüberlegen würde. Da ist es wohl möglich, daß die Reformvorlage wieder in der Veron verschwindet. — Abg. Bismarck (n. l.): Seine Freunde leisten volles Vertrauen in die hinsichtlich der Militärdienstreform vom Reichskanzler gegebene Erklärung. Was die Frage der zweijährigen Dienstzeit anlangt, so liegt für seine Freunde kein Grund vor, die von der Militärverwaltung angelegte ehrsche Probe in der Weise wie Richter dieselbe beantragt abzulehnen. Seine Freunde werden daher vorbehaltlos für die Vorlage stimmen. — Abg. Dr. Lieber (Cent.) erklärt gleichfalls, seine Freunde erklären in Betreff der zweijährigen Dienstzeit eine volle Gewährung in der Erklärung der Preussischen Veron, eine ehrsche Probe machen zu wollen. — Abg. Richter (freil. Ver.) spricht ebenfalls für die Vorlage und gegen den Antrag Richter, bei dessen Annahme man das Zustandekommen dieser Vorlage und dadurch vielleicht auch die zweijährige Dienstzeit gefährdet würde. Die Rechnung Richter's infolge der Angabe des Grafen Limburg und der Nichtvorlegung der Militärdienstreformnovelle theile er nicht, er befrage eher, daß eine solche Reformvorlage zwar kommen, aber nicht schlechter ausfallen werde, als er sie wünschen möge. — Abg. Richter: Er verlaße sich nicht auf persönliche Garantien, sondern auf tatsächliche. Bezüglich der Militärdienstreform habe Richter selbst kein richtiges Vertrauen, darum solle er doch mit der Bewilligung der gegenwärtigen Vorlage warten, bis er den Entwurf dieser Reform des Militärdienstes vor sich habe. — Abg. v. Wanteffel (son.) erklärt sich gegen den Antrag Richter und trägt, was dem die Anerkennung des Grafen Limburg zum preussischen Richterrecht mit der zweijährigen Dienstzeit zu thun hätte. — Der Antrag Richter wird abgelehnt. Dafür stimmen die freisinnige Volkspartei und die Sozialdemokraten. Die Militärvorlage wird unverändert angenommen. Es folgt 2. Beratung des Nachtragssetzes für Militär. Auswärtiges Amt, Post- und Schwebgebiete. Bei dem Nachtragssetz für das Auswärtige Amt hat die Kommission die Forderung für Neuguinea geteilt. — St.-S. Graf Posadowski tritt der Angabe entgegen, er habe in der Kommission den Vertrag mit der Neuguinea-Gesellschaft als die Interessen des Reiches schädigend bezeichnet. — Die Forderung für Neuguinea wird noch längerer Debatte einstimmig abgelehnt, im Uebrigen der Nachtragssetz für das Auswärtige Amt genehmigt. — Weiterberatung morgen, an welchem 3. Beratung der Militärvorlage und endgiltige Abstimmung über die Gewerbevorlage.

Berlin. Das Abgeordnetenhause bezieht den Antrag des Abg. Dr. Arendt (freil.), die Regierung zu eruchen, im Bundesrathe dahin zu wirken, daß die unter'm 4. März erlassenen Bestimmungen, betr. den Betrieb in Bäckereien und Konditoreien nicht in Wirksamkeit treten. Abg. Freilich v. Jellich (freil.) beantragt eingehend den Antrag. Im Bäckereigewerbe mögen Nebenbetriebe vorhanden sein, aber für den Bundesratsbeschluß fehlt es an den nötigen Voraussetzungen, die die Gesundheits- und Arbeitverhältnisse im Bäckereigewerbe nach amtlichen Ermittlungen bessere seien als in anderen Gewerben. Unter diesen Umständen sei die Rechtsgiltigkeit der Verordnung anfechtbar. Das Vorgehen gegen das Bäckereigewerbe bemühige auch alle anderen Gewerbe, denn auch sie können von einer ähnlichen Verordnung betroffen werden, auch die Landwirtschaft. (Sehr richtig.) Solche Verordnungen, die ohne Rücksicht auf die lokalen Verhältnisse die Arbeitsverhältnisse regeln wollen, sollte man überhaupt nicht erlassen. Zahlreiche kleine Bäckereibetriebe würden in Folge der Verordnung konkurrenzunfähig werden und würden in großen Betrieben ausgehen. Eine solche Umgestaltung müsse man verhindern. Man hätte der Organisation des Handwerks und der Zwangsorganisation der Väter diese Vorregeln überlassen sollen. Auf eine Aufhebung der Verordnung rede er nicht, dieselbe möge wenigstens hinsichtlich gehandhabt werden. Minister v. Veitow: Der Beschluß des Bundesrates sei auf Antrag der preussischen Regierung erfolgt und diese könnte deshalb den Antrag nicht zurückgeben. Von sämtlichen Bäckerei-Arbeitern seien 83 Prozent unter 30 Jahre alt, was bei Beurtheilung der Gesundheitsverhältnisse in Betracht komme. Zeihen hätten auch die Konventionen dem Vorgehen der Regierung zugestimmt. Erst als die Bäckereimeister in eine lebhafteste Agitation eingetreten und den politischen Parteien gedroht hätten, ihnen die Kundschaf zu entziehen, sei die Meinung umgeschlagen. (Unruhe rechts.) Es handele sich bei diesem Antrage offenbar um ein Vorgehen gegen die Sozialpolitik überhaupt. Die Klagen über Polizeimißgriffe seien auch gegenüber der Sonntagstube angeführt worden, heute rebe aber gegenüber der Sonntagstube (Widerpruch.) Wenn man Sozialpolitik machen wolle, dürte man nicht vor jedem Widerstand zurücktreten. Gegen die Verordnung sprach noch Abg. Körner (son.), dafür die Abgg. Lechow (Cent.) und Trimbom. Minister v. Veitow bemerkt noch, daß Umfragen ergeben haben, man werde mit der achtstündigen Sonntagstube auskommen, wenn am Freitag und Sonnabend die Dauer auf 15 1/2 Stunden vermindert würde. Weiterberatung morgen, an welchem Interpellation des Grafen Kanitz wegen der Kohlenpreise. — Der Landtag wird am Freitag geschlossen.

Berlin. Die „Nord. Allg. Ztg.“ dementirt, daß der Ministerialdirektor im Justizministerium geäußert habe, künftig solle die Anstellung jüdischer Richter nur noch nach dem Prozentsatze der Juden in der Bevölkerung erfolgen. Gegenwärtig wird demontirt, daß im Justizministerium eine Judenliste geführt werde, nach welcher nur 5 Prozent der jüdischen Reichsanwälte Berlin zum Notariat zugelassen werden.

Triumph-
Seife

in hoch
für
und

in hoch
für
und

in hoch
für
und

in hoch
für
und

in hoch
für
und

in hoch
für
und

in hoch
für
und

in hoch
für
und

in hoch
für
und